

Scandal der Reichsbahn 20.

Rommunistischer Antrag auf Kurgarbeiterunterstützung

(Eig. Druck.) Berlin, 9. Februar.

da gegen die Monopol-Militärausstattung zu häufige kleine Gewaltmaßnahmen, erfüllt von der Worte des Staatsministers, unter dem Reichstag, die Unterstellung über das Verhältnis mit Stellen auf die Zurechnung der Fliegende-Schule in Hessen, h. mit die Verantwortung in der Freie-Wirtschaft-Bewegung nehmen kann.

Rommunistischer Gesetzentwurf auf Kurgarbeiterunterstützung.

Der kommunistische Redner beantragt darauf die folgende Bekanntmachung eines kommunistischen Gesetzentwurfs, nach dem die Kurgarbeiter, falls die zunehmende Arbeitszeit ein Gefühl und mehr der sozialen Arbeit als bedroht, für die ausfallende Arbeitszeit Kurgarbeiterunterstützung zu erhalten. Es ist nochmal bestätigt, dass die vollkommen unvollständigen Verhandlungen der Gewerkschaften- und Kurgarbeiterfrage durch die Reichsregierung und den Reichstag. Nach

mehrere lange Debatten der Kommunistischen Partei im Sozialpolitischen Ausschuss hat die Regierung heute angesichts der Tatsache, dass sie zur Regelung der Kurgarbeiterfrage keinen Gesetzesvorschlag eindringen werde, sondern das Problem durch eine Verordnung lösen wolle, da in den nächsten Tagen herauskommen werde.

Wuhaufer (SPD). Ich habe mich der kommunistischen Kritik der Regierung an und kommt (nachdem die SPD mehrere kommunistische Vorfälle in der vorherigen Woche hat zu Fall bringen helfen) endlich zu der Einsicht, dass die Vollständigkeit der Regierung keinen Tag länger geduldet werden können.

Es wird darauf beschlossen, den kommunistischen Antrag dem Sozialpolitischen Ausschuss zu überweisen, in dessen Dienstags-Sitzung er beraten werden wird.

Die Verhältnisse bei der Reichsbahn II. G.

Zur Verhandlung steht dann der Ausschussbericht über die "Reichsverhältnisse" der Reichsbahn. Der Ausschuss schlägt eine Einschließung vor, in der die derzeitige "Personalpolitik" der Reichsbahn genehmigt wird, weil die im Reichstag abgegebenen Erklärungen und Zusicherungen nicht eingehalten werden. Die Reichsregierung wird erneut ihren Einfluss dahin geladen zu machen, damit die Rücküberführung von ländlichen Beamten in das Arbeitsverhältnis endgültig aufgehoben wird, der weitere Massenabbau von Beamten und Arbeitern eingestellt wird. Personalvertreter sollen in den Verwaltungsrat berufen werden. Anträge aller Parteien fordern die Reichsregierung auf, für die Wahrung der Rechte der Beamten und Arbeiter der Reichsbahn Sorge zu tragen. Ein kommunistischer Antrag fordert Unterstützung der bei der Eisenbahngütastruktur im polnischen Korridor am 30. April 1925 beschädigten.

Der Beamtenvertreter der SPÖ, Seelkopf, macht als erster Redner framboisse Versuche, die Verabsiedlung der Reichsbahn durch den Dawes-Pakt zu rechtfertigen.

Der Reichsverkehrsminister Krohn erklärt es sei erstaunlich, dass nach einjährigen Bemühungen der Reichsbahngesellschaft niemand mehr etwas für sie tun will habe.

Sowohl der Deutschnationale Koch-Diederl wie der Zentrums-Beamtenvertreter Grob meinten dagegen ebenfalls in der schärfsten Weise gegen die unzureichenden Mängel in der Reichsbahn.

Die End' der E-Wirtschaft

Zu einer gründlichen Auseinandersetzung mit den Schülern am Tannenwalde stand dann das Wort Große Schütz.

Er erinnert daran, dass im August 1924 alle Parteien außer den Kommunisten eine weitreichend andere Stellung als bevorzugt genommen haben. Als die Kommunisten damals an die Gedenkfeier hinein, die für das Reichsdeputationshaus aus der Regierung

der Erbbaus eingesetzt worden, hat der Zentrumsredner (Kroh) gesagt, das ich nur keine Worte wagen, bis Reichsbahn gebraucht habe, wenn der Organ der Kriegsministerial in der Reichsbahngesellschaft in die Partei umgekehrt werde. Der Reichsbahnminister Krohn erklärte damals nach einer Schimpftussszene gegen die Kommunisten, wenn etwas geschieht, soll mit den Kurs geschafft werden, auf den es zu kommen, so ist es der Reichstag, das durch die neue Regierung die Ausbildung ein für allemal zur Hammelstiege gemacht hat. Heute dagegen hat der Reichsbahnminister Krohn gestanden, dass es millionen, doch es bei Ottmar auch nicht stimmt hatte, soviel kosten können. — Und auch der deutschnationale Redner Koch-Diederl, Berlin, der damals war, bevor die Deutschnationalen zur Aktion Blanke-Hald und Hald wurden, erklärte: „Wir alle haben uns wandten, dass die Jungen, die das Reichsverkehrsministerium gegeben haben, auch von der Reichsbahn U. G. gehalten werden und wie werden im Reichstag unbedingt dafür sorgen, dass das gewahrt.“

Die Mainungen der Kommunisten hat mal schwerer als heute und Nationalsozialistische Partei und Geschwister haben sicherlich verstanden, dass alle Sicherungen aufstellen müssen, um die deutschen Interessen gegenüber der Reichsbahngesellschaft zu wahren. Aber in alle Parolen, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen haben sich Männer gefunden, die von den hohen Gehältern der Reichsbahn überredet sind, dass es hier herzogen, die Wirtschaftsleiter, die nicht einmal von den ausländischen Vertretern geschadet waren, in das Reichsbahngebiet hinzugezogen werden. Wenn der Staatsgerichtshof eine handbare Aufgabe hat, wäre es da, diese hohen Reichsbahnbeamten wegen Vollendung eines Landes verrät anzurichten.

Die Parteien, die heute so sehr über die Mängel klagen, haben dazu kein Recht. Der Demokrat Diederl hat mit dem Schriftsteller Reichsahn angefangen, nachdem Grob er gesprochen war. Die Reichsbahn ist eine Staatsbahn, keine Staatsgesellschaft geworden. Wenn man eine Parallele ziehen kann, so kann man den Leitern der Reichsbahn höchstens noch die Führungsrolle an die Seite stellen. (Dritter Ordnergriff). Diederl: „Kurz vor Reichsbahngesellschaft ist aber nur auf das zurückzuführen, was früher des Reichsverkehrsministerium vorgenommen hat. Auch damals wurden schon 300 000 Eisenbahner auf die Straße gebracht, das Koalitions- und Streitrecht beschritten.“

Na, die einen Beifall verzehrt man auch heute. Der Reichsverkehrsminister Diederl seinerseits war sicherlich, dass die Reichsbahnbeamten Beamtin im Sinn der Verfassung seien und ihre wohlverdienten Rechte nicht geschändert würden. Trotz der Massenversammlung, der sehr viel Platz plant man a-

noch 40 000 Beamte und 35 000 Arbeiter auf die Straße zu legen.

Dort wird bei den Entlassungen nach den übelsten politischen Gesichtspunkten verfahren.

Die Tarifpolitik bewegt sich in ähnlichen Bahnen. Die Sondertarife würden beibehalten, die Tarife für Gewölbe und Obst aber nicht verändert. Die Lohnpolitik der Reichsbahn ist geradezu eine Katastrophe. Auch hier wurden am Anfang schöne Versprechungen abgegeben. Diederl erklärte als Reichsverkehrsminister: „Was die Herausgabe der Gehälter anbelangt, so bleiben die Bedingungen auch weiterhin unverändert, als zuvor vorbereitet.“

Na, das ist natürlich unmöglich, doch das Reich einmal seine Gehälter erhöht und die Reichsbahn nicht! Diese Versprechungen wurden ja erfüllt, doch dort wohl 100 000 Mark Jahresgehalt erhält, ein Eisenbahngüterarbeiter aber nur 95 Mark monatlich zufrieden sein muss.

In Überfällen werden keine Stundenlohn von 25 Pf. geahnt, die man bei Wiederaufbau der Güterlinie noch um 30 Prozent erhöhen möchte. Die Eisenbahner haben vom 1. Oktober 1924

is. 1. August 1925 775 Millionen Mark Reingewinn für die Reichsbahn erzielt. Nochmal man die Hunderte von Millionen dazu, um die die Reichsbahn durch die zum System gewordene Korruption verdient hat, so ergibt sich, dass bei 735 000 Mann Betriebsfest jeder Eisenbahner 1500 Mark Reingewinn in die letzten fünf Jahre erzielt hat.

Ein Wort noch über die Korruptionshandlungen, zu denen wir zu letzter Zeit noch Material vorlegen werden. Es sind Fälle zu verzeihen, dass im Direktionsbericht der Reichsbahngesellschaft durch einen Fabrikanten nachgewiesen, um viele Millionen geschädigt wurde. Die Reichsbahndirektion hat nicht gegen die schuldigen Beamten eingekommen, die im Gegenteil befördert wurden, trotzdem sie sich bei einem Betrugsgesetze des 144 000 Mark gefangen hat, hatten

die Reichsbahn nichts davon gewusst, dass sie ja wohl „Fabrikant“ war. Dann ich sage Dir, dass die Fabrikant alles Räste der Art zulässt und — und jetzt Diederl, der letzten Sätze jetzt unter das Unterstrich gezeichnet ist: „Um auch nicht mit dem eigenen Stolz in den Krieg“ Ganz ungern und steht ja unter dem Stolz von Unterstrichen. Und das — das ist ja nichts? Seit nicht, wo das kann es ja nicht? Diederl: „Um ja bis aufs Kind zu nichts zu schaffen darüber.“

Die Reichsbahn ist doch die einzige, die die Kommissionen

des Reichsgerichts nicht aufgestellt hat, obwohl sie

die Reichsbahn nicht aufgestellt hat, ob

Zu den „depolidierten“ Fürsten und Standesherren melden ihre Ansprüche an!

Renten für den Verlauf der Landeslinien vor 150 Jahren für aufgehobene Leibeigenenschaft, Blutzehnten und Zubehörgaben, sowie für „ehelichen Freunden“ vor 100 Jahren!

Im „Berliner Tageblatt“ behandelt Dr. Ernst Füger eingehend die Rentenforderungen der sogenannten „depolidierten Fürsten“. Diese lieben Fürsten sind schon in den ungültigen Vertrag aus dem Jahre 1849, den seinerzeit der Hohenzollernsche Landtag nicht zustimmte.

Das zur Vormacht strebende preußische Adelsstumme abgesetzt und das Land zu Preußen geschlagen worden. Diese Fürsten fordern an jährlichen Renten:

Alexander Friedrich Landgraf von Hessen (Kummersheim) 612 000 Mark;

Friedrich Karl Prinz von Hessen (Kummersheim) 96 000 Mark;

Ernst Eugen, Landgraf von Hessen-Philippsthal-Barchfeld 150 000 Mark;

Albert Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg 181 000 Mark;

Friedrich Ferdinand Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg 195 000 Mark;

Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen 75 000 Mark.

Diese Renten wurden bis 1923 prompt bezahlt. Gegenwärtig erhalten die „Fürsten“ bis zur endgültigen Regelung 30 Prozent ihrer Forderung als Abschlagsrente. Die fürstlichen Volksaussauger wollen natürlich volle Ausweitung haben.

Unterfassant sind die „Rechtsgründen“, welche zu den Ursprüchen der hessischen Fürsten führen. Als vor 150 Jahren der regierende Fürst von Hessen seine Landeslinien den Engländern als Kanonenfutter gegen die um ihr Unabhängigkeitskämpfenden Amerikaner verschaffte, erhält er dafür Rentezummen beabilligt. Später wurde dieser Schatz gestohlt und die Hälfte an das Land und die andere Hälfte dem Fürstenhaus gegeben. Als Preußen 1866 Kurhessen annexierte und die regierende Dynastie absegte, nahm sie auch den Thronschak an sich, weil er nach Preußens Auffassung nur zur Vertreibung der Repräsentationsstößen den regierenden Fürsten gehörte. Zur „Entschädigung“ wurde dem Fürstenhaus eine Rente zugesprochen.

Als das kurfürstliche Haus in den siebziger Jahren aus Nachlässigkeit Preußen einen zweiten Vertrag mit der Linie Hessen-Kummersheim, die zur Thronfolge und damit auch zum Thronschak gelangt wäre, wenn (!) die ausgestorbene Linie noch Thronhaberin gewesen wäre. Dafür fordert das Haus Kummersheim noch bis heute jährlich 612 000 Mark aus dem Gelde der preußischen Steuerzahler. Der jüngste Bruder des Kummersheimer Landgrafen forderte ebenfalls eine jährliche Rente von 96 000 Mark, die ihm Wilhelm I. seinerzeit bewilligt hatte.

Die Ansprüche der Landgrafen von Hessen-Philippsthal beruhen auf einem dritten Vertrag, den Preußen mit den übrigen Agnaten Hessens geschlossen hatte, und zwar auf einer Jahresrente von 300 000 Mark. Die beiden Philippsthaler Linien sind gegenwärtig in einem heftigen Streit, weil der niedergierige Ludwig-Wilhelm, den bürgerlichen Erben von Ernst Eugen, die seine Halbschwester (!) aus einer morganatischen Ehe seines Vaters sind, die zweiten 150 000 Mark abgäumen will.

Die Ansprüche der beiden Schleswig-Holsteiner Herzöge beruhen darauf, dass die ehemalige Kaiserin Auguste Victoria mit der Linie Sonderburg-Augustenburg verwandt war und aus dynastischen Gründen Rentezummen den beiden Herzogslinien überweisen ließ, da die Herzöge bis 1854 (!) von Tannenbach eine jährliche, sehr bedeutende Unterstützung bezogen haben.

Gemein „Gefecht“ in England zu

Von R. Palme Dutt.
(Schluß)

Bürgerliche Spekulationen auf einen Linksbloß.

Bürgerliche Stimmen sprechen offen von der Wahrscheinlichkeit irgend einer Form eines Linksbloßs oder einer Koalitionsregierung (formell oder nicht formell), an der die Arbeiterpartei — vom Kommunismus und von allen unerwünschten Elementen gefördert gereinigt — beteiligt sein wird. Diese Erwartung lebt die Niederlage des Kommunismus innerhalb der Arbeiterschaft voraus. Dies kommt auch in der konservativen Presse, wie im „Spectator“ und der „Times“, zum Ausdruck. Was liegt dieser Berechnung zugrunde?

Die allgemeine Lage ist klar. Die stürmischen Fortschritte der Arbeiterpartei in den Nachkriegsjahren — eine Widerprüfung der stattdienden revolutionären Tendenzen — haben die Liberalen Partei in England ebenso wie in anderen Ländern vernichtet. Aber die Rolle des Liberalismus ist von wesentlicher Bedeutung für den Kapitalismus. Es stellt sich daher das Problem des Wiederaufbaues der Liberalen Partei. Da wenig Aussicht bestand, die ausserhandgeschaffenen Überreste der alten Liberalen Partei zusammenzufinden, wurde es zur Aufgabe, die neue Arbeiterpartei zu durchdringen und sie für die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung zu gewinnen.

Der erste Versuch in diesem Sinne war der mit der Arbeiterparteidiktatur des Jahres 1924, ein Versuch, den die Bourgeoisie in für sie ungefährlicher Weise, unter eigener Kontrolle, machte. Der Versuch bewies aber, dass die Arbeiterpartei noch nicht „reinigungsfähig“ war, das heißt, dass trotz der Bereitschaft der führen des rechten Flügels der immittelsbare Einfluss der Arbeiterklasse in der Arbeiterpartei noch „gefährliche Abweichungen“ in der Politik hervorrufen konnte. Es war daher eine „Rettung“ der Arbeiterpartei notwendig, wenn sie jemals wieder zur Regierung gelangen sollte.

Das gegenwärtige Stadium der bürgerlichen Politik ist daher in doppelter Hinsicht charakteristisch: Einerseits ist die direkte Kritik gegen die revolutionären Elemente gerichtet, gegen den linken Flügel und vor allem gegen die Kommunistische Partei; andererseits wird der Bereich genutzt, die Arbeiterpartei zu nutzen, d. h. führen des rechten Flügels mit dem Angehören von

Die 75 000 Mark Rente für den sehr reichen Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen beruht auf einem laien formell ungültigen Vertrag aus dem Jahre 1849, den seinerzeit der Hohenzollernsche Landtag nicht zustimmte.

Standesherren

Auch noch andere Standesherren marschieren auf. Ihr Name und ihre Forderungen seien so aus:

Otto Fürst zu Salm-Hoym	80 000 Mark
Nikolaus Leopold Fürst zu Salm-Salm	58 150 Mark
Herzog von Croy zu Dülmen	18 000 Mark
Fürst zu Salm-Wittgenstein-Hohenstein	22 500 Mark
Fürst zu Salm-Wittgenstein-Berleburg	48 200 Mark
Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich	7 867 Mark
Engelbert Maria Herzog von Württemberg	40 500 Mark
Fürst zu Wied	46 500 Mark
Günter Graf zu Wiltz-Weiningen-Westerburg	20 300 Mark
Fürst zu Bentheim-Steinfurth	1 500 Mark
Die Tochter der Gräfin Reichsgräfin Lessonia	36 800 Mark

Diese Herren leisten ihre Ansprüche aus dem Wiener Bundesakt von 1815 (!) her, wo ihnen zwar die Staatsherrschaft genommen wurde, ihnen aber durch finanzielle Sonderrechte weitgehende Jagdlande gemacht wurden. Auf solche Weise fordern die „Depolidierten“

etwa 2 Millionen Mark jährlich

an Renten auf Kosten des nothebenden Volkes. Ihre Rechtsgründen sind mehr als lächerlich.

Deutschland und z. B. die Universität der Tochter der Gräfin Reichenbach-Lessonitz. Der Kurfürst Wilhelm I. von Hessen kaufte (!) bei dem Bankhaus Rothschild den standesherrlichen Rentenanspruch der Herren zu Wied-Runkel, die wie irgendwelches Börsenpapier gehandelt wurden. Der Kurfürst schenkt dieses Rentenpapier der Gräfin Ennille von Reichenbach-Lessonitz, zu der er in galanten Beziehungen stand, nach eigener Angabe als „eschelt für die ihn von der Gräfin in ehelicher Gemeinschaft gespendeten Freuden“. Das war im Jahr 1829! Dafür werden jetzt hundert Jahre später noch Rentenansprüche von den Nachkommen der „Freudenspenderin“ erhoben.

„Richten“ unter den „Großen“.

Neben diesen Ansprüchen der depolidierten Fürsten und Standesherren meldet noch zahlreiche Grafen, Freiherrn, Barone, kleinere Fürsten ihre Ansprüche für verlorne gegangene feudale Erbrechte in kleineren Summen an.

Unter den erblichen und fideialrechtlichen sind Staatsföhnen, Jagdschönen, gütterliche Jagdhöfe, Indienabgaben, Einzugs geldern, Brauthüner und Brauthäfer, Tanzeraubungsgebühren

Das Jahreseinkommen von 1500 000 Arbeitern

die bei elenden Löchern und langer Arbeitszeit hungern zu tausenden erschossen auf der Straße liegen,

fordern die Süßen mit ihren Abfindungsansprüchen, die sich auf drei Milliarden belaufen!

Enteignung dieses Räuberpads durch Antwort!

ähnliche mittelalterliche Grobhababgaben des aufgebeuteten Volkes an die obigen Raubritter.

Es ist kein Witz, tatsächlich zahlt der verschlissene Staat an die „kleinen“ unter seinen groben Herren heute noch jährlich über 200000 Mark als Abfindung für eine vorlängigsgangene mittelalterliche Rechte.

Nur der Volksentscheid auf entzündungslose Enteignung der großen und kleinen Fürsten wird das Volksentzerrt über diese Raubritter und Volksraubräger fallen.

Wie Fürstenvermögen ausommen gestohlen wurden

Die erbliche Rasse der im Hause Coburg-Gotha

In der „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich der demokratische Professor Dr. Krämer, Mitglied des Thüringischen Landtages, mit der Deutschtum über den Stand der Auseinandersetzungen mit den Thüringischen Fürstenhäusern, die vom Finanzminister Dr. von Kühlmann zusammenge stellt wurde. Der deutschnationale Rückner, am besten charakterisiert durch seine Behauptung, nicht durch die Ansprüche der „Landesväter“, sondern durch die kommunistischen Erklärungen darüber, sei Thüringen an den Rand des Bankrotts geraten, stellt als treuer Diener der Republik fest, dass das Ernst-Albert-Fideialmatrikel, von ungeheurem Wert durch seinen Bestand an herrlichen Fürsten, „als reines Privateigentum des Herzogshauses zu betrachten sei“.

Die Entstehung dieses „Privateigentums“ bezeichnet Artikel als Schulbeispiel eines vom Staat erzielten „Fürstenbesitzes“. Der Ausdruck ist fast zu schwach, wenn man so folgendes vor Augen hält:

Das Ernst-Albert-Fideialmatrikel wurde 1825 vom Herrn von Ernst I. von Sachsen-Coburg-Gotha gegründet, auf eine Weise, die selbst kleinen Kreisen nicht ganz kolossal erscheint. Trotzdem sich nämlich seine Tochter Lilli, die Tochter des vorzeitigen Herzogs von Gotha, wegen seiner Leidenschaft für Leidenschaft, die er getreut hatte und später schenken ließ, zwangs er sie, ihre Ansprüche an den Nachlass des letzten Gothaer Herzogs an seine beiden Söhne Ernst und Albert abzutreten. Es störte den rüffigsten Ernst I., der nebenbei auf dem Wiener Kongress für „Kriegsdienste“ sich das Herzogtum Lichtenberg ergattert und seinem „Privateigentum“ zugeführt hatte, nicht im mindesten, dass von anderen Erben des Gothaer Herzogs nachgewiesen wurde, dass kein vom Staatsbesitz unabhängiger Allodial (Privat) Nachlass drohte. Er schloss vielmehr einen Vertrag, in dem er sich aus dem (nicht vorhandenen) Privatnachlass der ausgestorbenen Gothaer Linie eine Jahresrente von nur 50 000 Gulden sicherte, die der Gothaer Staat von 1836 bis 1849 erst ihm und später seinen Söhnen auszahlte. Seit 1849 diente der Gothaer Landtag diese unerhörte Sache auf und strich die Rente.

Die Landesväter, aktiv oder inaktiv, waren aber schon damals mit dem Prozessieren fit bei der Hand. Der Sohn des Kaisers Ernst I., Prinzgemahl der „großen“ Königin Victoria von England, Albert, streigte einen Prozess auf Weiterzahlung der Rente gegen den Gothaer Bischof an. Nach langem Zögern fand er in Heidelberg, auch eine juristische Falultät, die ein günstiges Rechtsurteil abgab. Mit dem Gutachten in der Tasche erzwang der zum Engländer gewordene Albert von seinem früheren „Landeskindern“ ein Abkommen, das als Gegenwert für die kapitalisierte Rente 3900 Hektar der schönsten Forstbestände im Friedersdorfer Land zu Coburg auslieferete.

Das Beispiel sollte wirklich lehren, dass das Schätzl großer Teile des deutschen Volksvermögens nicht noch einmal in die Hände gefalliger Richter gelegt werden darf. Man darf die Auseinandersetzung mit den Fürsten nicht darauf beschränken, sich bloß gegen die letzten Erinnerungsstücke zur Wehr zu legen. Gestohlen bleibt gestohlen: es wäre mehr als absurd, das heilige „Privateigentum“ der Fürsten durch deshalb nicht anzutasten, weil die Diebe das entsprechende Volksamt durch die Innehaltung der politischen Macht sich zu „erleben“ in der Lage waren!

Regierungsstellen näher an sich heranzuziehen und den Weg für eine „demokratische“ Koalition gegen die Arbeitersklasse vorzubereiten, wodurch die Liberale Partei tatsächlich wieder belebt werden soll, soweit es die geänderten Verhältnisse gestatten.

Die Liberale Koalitionsangebote an den rechten Flügel der Arbeiterpartei sind daher ein ebenso unmittelbarer Teil der sozialistischen Offensive gegen die Arbeitersklasse wie die konserватiven Kommunistenverfolgungen.

Der Kampf innerhalb der Arbeiterpartei

Die Berechnungen der Bürgerlichen lassen jedoch einen Faktor außer Betracht: die Arbeitersklasse. Es ist eine Sache, die rechten Führer der Arbeiterpartei, wie Clynes, Thomas und Henderson, in die Hand zu bekommen und sogar den Apparat dieses Parteitages der Arbeiterpartei in die Hand zu bekommen; es ist aber eine andere Sache, die Arbeiterpartei im ganzen Lande in die Hand zu bekommen.

Die Arbeiterpartei ist keine homogene sozialdemokratische Partei. Sie hat einen Generalstab, der immer mehr und mehr zu einer festen sozialdemokratischen Gruppe wird, wie jede andere Sektion der 2. Internationale. Die Arbeiterpartei als Ganzes aber spiegelt nach ungefähr die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterbewegung wider. Es ist daher die Politik der Zerstörung der Klassegrundlage, die das Werk der Koalitionspolitik ist und die im Programme von Liverpool und im Zuschluss der Kommunisten zum Ausdruck gelangt, nicht so leicht durchzuführen.

Gegen die auf dem Parteitag in Liverpool angenommene Politik der Annäherung an den Liberalismus hat sich sofort in der gesamten Arbeiterpartei Widerspruch gezeigt. Die Stärke dieser Opposition zeigt sich in einer Anzahl von Tauschen.

Erstens darin, dass kein einziger Führer des rechten Flügels es gewagt hat, öffentlich etwas anderes zum Ausdruck zu bringen als eine völlige Zerstörung jeglicher Möglichkeit eines Zusammenwirks oder einer Verständigung mit der Liberalen Partei, obgleich es offenkundig ist, dass viele verdeckt diese Möglichkeit ins Auge lassen.

Zweitens darin, dass die Unabhängige Arbeiterpartei, die das Organ des reformistischen parlamentarischen Sozialismus ist und in der Arbeiterpartei den Namen nach die Führung hat, andererseits wird der Bereich genutzt, die Arbeiterpartei zu nutzen, d. h. führen des rechten Flügels mit dem Angehören von

sprech macht, den „linken Flügel“ im Gegensatz zur Politik des „Gradualismus“ (stufenweise Entwicklung) und der Macdonald-Führung zum Ausdruck zu bringen. Die Rundgebung hat natürlich nichts mit Klassenkampf zu tun, doch ist zwischen der offiziellen Unabhängigen Arbeiterpartei und Macdonald ein Gegensatz entstanden.

Drittens darin, dass der Beschluss des Parteitages von Liverpool auf Ausschluss der Kommunisten dank dem Widerstand der Mitgliedschaft in der Praxis Schiffbruch erlitten hat. Mehr als hundert Ortsgruppen der Arbeiterpartei haben sich geweigert, die Kommunisten aus ihrer Mitte auszuschließen. Dies ist eine so große Anzahl, da beim Ausschluss dieser Ortsgruppen in der Tat eine Spaltung der Arbeiterpartei von oben bis unten bedeuten würde.

Die Führer des rechten Flügels bereiten die Politik einer Arbeiter-Minderheitsregierung vor, das heißt in der Tat einer Koalitionsregierung mit dem Kapitalismus. Der gesamte Parteitag von Liverpool war eine Vorbereitung dazu.

Andererseits verlangen die Massen der Arbeiterpartei immer dringender weniger Kompromisse mit dem Kapitalismus.

Wohlmeinte eine Politik des „Sozialismus“, eine Politik der Unabhängigkeit und der Einheitsfront der Arbeitersklasse.

Die Führung innerhalb der Arbeiterpartei ist noch unsicher und hat noch nicht ihren Höhepunkt erreicht, weil alle Seiten nach außen hin in dem Bemühen vereinigt sind, eine absolute Parlamentsmehrheit zu gewinnen.

Wenn aber bei den nächsten Wahlen (angenommen, dass die Entwicklung des aus der Industrie erwachsenden Klassenkampfes nicht vorher aufgerollt hat) die Arbeiterpartei nicht eine absolute Parlamentsmehrheit errungen hat, dann wird die Kernfrage sofort zutage treten. Aber auch die außerordentlich unwahrscheinliche Erringung einer absoluten Parlamentsmehrheit würde die Frage in einer noch schwächeren Form aufwerfen.

Die Massen der Arbeiterpartei werden zwischen der Politik der Minderheits- oder Koalitionsregierung der Arbeiterpartei, also der Politik ohnmächtigen Zusammenwirkens mit dem Kapitalismus und der Politik des Klassenkampfes wählen haben.

Die Frage der Minderheitsregierung der Arbeiterpartei und des Naschismus der Kommunisten ist in der Tat der Kampf des Liberalismus und des Kommunismus um die Hauptkampffront der Arbeitersklasse.

Aus Betrieb und Werkstatt

„Greue füch, wiec Elrbeit hat!“

Die's Marie kann man oft von den Arbeitgebern und ihren Beratern hören. Nachdrücklich mahnen unsere Betriebsberichterstatter, daß die im Produktionsprozeß lebenden Arbeiter keinerlei Würde haben, sie legen nur zu „streuen“. Aufgabe der erwerbstätigen und der noch im Beruf lebenden Arbeiter ist es, geöffnet für Verfehlung der Arbeitgegelt, Gedobung der Röhne und Gewerkschaftsunterstützung und gegen Betriebsilligkeiten zu kämpfen.

Streikende Straßenbahn-Bretter. Im Godtherbst 1928 gingen durch die bürgerlichen Zeitungen Bretter-Ablagen über große Straßenbahnengagen der oberen Beamten beim Magistrat. Daraus wurde geogen: „Es sei dann kein Wunder, wenn Sachen wie der Fall Stub. Impeller Weise und Jahre bei Güngel vorkommen. Wie seien diese Überanstrengungen aus? Von Bausolonen der Stadt. Straßenbahn wurden am Orlauklee und Garrelsrah. Abniedigungen des Gießereiwerks ausgeübt. Es wurde von 7 Uhr früh bis 5,15 Uhr abends von den dort Beschäftigten schwere geschüttet. In den Normaltag Dienststunden sah man im Saale Orlau-Werke 13, 2. Stock, einen schwer überarbeiteten Herren stehen und genau ausspannen, daß die Arbeiten nicht einmal ruhten. Niemals Müdigkeit nach hatte dieser Herr Langeweile und die Arbeiten boten ihm eine schöne Abwechslung. (Viele Jungen behaupteten, es sei der Dejernent der Stadt. Straßenbahn, Herr Stadtrat Jüllmier, gewesen, welcher aus Sparfamiliensünden dort oben seinen Nachlass auf verbringt.) Herr Ober-Bürgermeister haben Sie Ihre Worte während des Rappn'hes vergessen? Herr Ober-Bürgermeister, als die städtischen Arbeiter in den Proteststreit treten wollten, erklärten Sie wahrlich: „Ihr Stadt. Arbeiter, sperrt mir nicht das Wasser und das Gas ab. Denkt an die Kraan'en und Schwachen Hofsleute, welche durch Euren Streik in schwere Bedrängnis kommen. Solltet Ihr Euch je einmal in wirtschaftlicher Notlage befinden, kommt zu mir, ich werde für Eure Not lechts das rechte Verständnis und eine „offene Hand“ haben. Herr Ober-Bürgermeister, nun beweisen Sie, daß Sie auch Wort halten können, die Not der Straßenbahner kann niemand abstreiten.“

Gräfin Johanna Grube in Bobrel. Auf der Gräfin Johanna Grube in Bobrel geht alles nach Vorricht, d. h. die Rumpels bleiben einer nach dem andern mit zerstümmerten Knochen unterm Gestein liegen; und die Dividende steigt. Besonders die Abteilung 11 gleicht einer Höhle. Warum? Der Steiger Rossefs li wollte gerne Fabriksteiger werden und deshalb jagte er Tag und Nacht hinter den Rumpels her. Die höchste Forderungszahl wurde dort gefordert. Am Barbarageige, dem Beförderungstermin der Verabreimten, rutschte er ab und blieb Steiger. Mit Recht, nicht mal Stricker durfte er bleiben. Denn als sein Oberhauer Wollf die Rumpels längst arbeiten ließ und sie kein Pulver mehr hatten, da ließ der Oberhauer einen Mann ohne Feuerlösche kommen, packte ihm 4 bis 6 Kilo Pulver in die Taschen und Bobrel und dieser rückte das Pulver an zwei bis drei Tüte verstreuen. Der Mann selbst hatte keine Ahnung von den Vorrichten über Schichten etwai, denn er war kein Bergmann, sondern arbeitete auf der „Schule“. Meiste Unglück könnte da passieren. Was sagt die Bergbehörde dazu. Weg mit dem Steiger Rossefs und dem Oberhauer Wollf, oder es passiert ein Unglück.

Frankenberg für Arbeit in Illinois. Die Landarbeiter gehen in eine Gruppe mit den Industriearbeitern. Keine Gruppe mögeln die Qualität nach. Dafür Frankenberg kann sich wichtiger auf den Markt und zwei Stände 4 Schichten haben. Dagegen hat die Gruppe nicht gleich gelöst, sondern kann weiter wachsen und so kann auch diese Gruppe der Tendenz angehen. Was meint der kleine Herr Frankenberg? — Er gibt ein Comptable schon Rücksicht, der mit im Walle steht, von einem 5-Mann-Büroarbeiter 1 Stund an. Dann zieht er bei jedem Menschen Welle, und keiner kann das verhindern haben, einen Standardlohn von 14 Tag. Sie können darüber aber keinen Einfluss ausüben über Mainz gestellt. Wollen sie nicht nun bald nachkommen?

BRITISCHER VERGESSENHEITSTEST IN WELDENBURG. Wie ein Nachtrag
eines alten Gedichtes habe ich der alten vor Kurzer Zeit in den Betrieb ge-
nommene Geschäftsführer Schmidt auf. In die beruflichen Zeiten
gehört er nicht die größte Geduld, auch er blieben Mängel durch geschick-
tungen und Müllerschärfen auszugleichen. In seiner Abteilung nemmt
ihm fast niemand mehr senkt, man lädt ihn töben, weil er eben nichts
anderes kann. Den Gipfel alles bisher gebotenen aber erreichte er
dieser bedurcht. Indem er einen schwachwilligen leichnahährigen Lehrling
in einer geradezu wichtigen Stelle verhandelte. Aus einer ganz näm-
lichen Ursache ist er den Lehrling an den Sägen, verließ ihm
Gefolge. Eine sich legendwile als durch laute Schmerzensstöhne zur
Wehr neigt zu haben, geht der Lehrling wieder an seinen Arbeits-
platz. Dagegen und Schmidt den Lehrling am Halse und wupt ihn
herum, daß dieser sich kaum noch auf den Beinen halten konnte.
Glücklicherweise waren die Druckstellen noch sichtbar. Der Be-
triebsrat hat gegen diese unsaniße Handlungswise eines Angestellten
bei der Direktion Beschwerde erhoben. Man hat über vom Betriebs-
rat noch nichts gehör, daß die Betriebsleitung etwas gegen diesen
Protagonisten unternommen hätte. Die Arbeitshaltung erwartet auch
von dieser Seite nichts. Dann dies würde von den bisherigen Ge-
volligenheiten das Gegenteil sein. Schmidt aber soll sich gefragt sein
lassen, in zu umst begeht er solche Sachen nicht wieder ungern. Die
Arbeiterinnen in Drehkreis und Glaskreis I wissen was sie zu tun haben.
Mehr als „Müllerholzschiff“ werden mir noch oft zu bestellten Jahren

Methner und Frohne, Abtlg. Oberleppersdorf. Die Behandlung, welche die Arbeiterschaft dieses Betriebes seit der Auwesenheit des Direktors Richter über sich ergehen lassen möchte und die schon wiederholt Gegenstand schärfster Kritik in Versammlungen und Presse war, hat durch die letzten Vorgänge eine Empörung in der gesamten thiesigen Arbeiterschaft ausgelöst. Dass Direktor Richter als vor alles Weiser-wissen-wollende (die Praxis beweist das Gegenteil, Beweis sein früherer Tätigkeitssort Sieban) seine ihm Unterstehenden (selbst die technischen Angestellten nicht ausgenommen) als faul und dummköpfig bezeichnet, ist bei seinem Charakter nicht zu verwundern, aber was er sich in den letzten Tagen gegenüber den Kleiderstoffwebern an Ausdrücken erlaubt hat, spottet jeder Beschreibung. Rosenamen wie "Saubende", "Schweinhande" sind bei ihm an der Tagesordnung. Der Direktor möchte wissen, dass der Aussall der Ware nicht letzteres von der Güte des zu verarbeitenden Materials und der technischen Vollkommenheit der Maschinen abhängig ist. Die Arbeiterschaft hat es satt, sich so behandeln zu lassen; sie wird diesmal diesem Herrn Gelegenheit geben, seine Worte an anderer Stelle zu vertreten. Herr Generaldirektor Dr. Frahn als den Mitinhaber der Firma ist im öffentlichen Leben eine Rolle spielenden Herren aber fragen wir, ob er ein beratliches Morgenbad des Richter billigt. Denn letzten Endes war es die Arbeiterschaft, welche die Firma durch ihren Fleiß von Entbehrungsldhnen von kleinen Ansängen heraus zur heutigen Höhe gebracht hat.

Wirms Gebr. Zeig, Gleiwitz, Werk Rauscha O.L. Welches ist nun
ein solcher Blattstiel aus einer anderen Richtung herrenlos, lässt nach.

beider Freude waren die Betriebsleiterin betroffen und führte
20 Minuten lange eine gesetzliche Sitzung ein. Diese Sitzung organisierte. 2.
nächst war sie aus dem Betriebsrat und Betriebsleiterin gebildet. Das
Gesetz erlaubt, wie dies hier bestellt, als bekannt. In den letzten
septem Tagen sind wieder erst zwei Unfälle passiert. Um Mitter-
nen 1. Februar hat sich nun der „Satz“ Betriebsleiterin diese sch-
warze Siede geschnitten. Rummel da Wenzig saß der Arbeitnehmer im Zuge
der Arbeit und hat keine Kontrollmarke zu Hause vergessen. In den
Augen des Betriebsleiters scheint das nun ein stilles Verbrechen zu
sein welches geahndet bestraft werden muss. Und welche Strafe
würde nun dieser verdeckte Rollige? Der Betriebsleiter war
unverkennbar ante Strahenkasten. Als sich der Kollege zum Betriebs-
leiter leise Tüpfere aus dem Büro holte, schrie auf dem Gussflüssig-
keitschein des Gussflüssigkeitsgrunds. Kollege Wenzig machte den Betriebsleiter
auf das Schleende aufmerksam, und äußerte sich, von dies doch kein
Gussflüssigkeitsgrund sei. Worauf der noble Betriebsleiter aufstand und
mit ausgeschlossenem Arm auf den Kollegen losging und dem Mann
„schräger Bruder“ und andere schöne Rosenamen gab und ihn obendrein
noch aus dem Büro warf.

Sachsen. Schon wieder ein Opfer des Unfreiheit
zu seinem. Hier ist bei dem Sagewerksbesitzer G. Wuschel der Werk-
meister C. Niedrig in das Schwungrad geraten, und auf der Stelle
getötet worden. Der Werkmeister mußte jeden Morgen und Abend
ein großen Treibrseinen, während die Maschine schon ging, mit der
Hand rau- und runternehmen und so belastet an und für sich schon
durch die Arbeit vermühte 52 jährige Mann zuguterleicht nach dem
Todesstoss. Der Herr Sagewerksbesitzer Gustav Wuschel ist ein
reicher Unternehmer und guter Zahler; er zahlte nämlich seinen Arbeitern
eine und schreibe den „fiktischen“ Lohn von 18—25 Pfg. die
Stunde bei 9—10 stündiger Arbeitszeit jetzt im Winter, im Sommer
noch mehr Stunden. Wie wäre es, wenn Herr Sagewerksbesitzer G.
Wuschel selbst einmal — wenigstens ein Jahr lang — mal versuchen
würde, bei solch einer schweren Arbeit mit 18—25 Pfg. Stundenlohn
leben und seine Familie zu versorgen. Herr Wuschel ist im Kreisjo-
llistisch der Marschende der Deutschnationalen Partei.

Die „Abfindung“ der Arbeiter und der Fürsten Wilhelminshütte in Sandberg

Ein Arbeiter aus dem Betrieb ist vor kurzem von der Direktion
100 M. und einer goldenen Uhr beschenkt worden, weil er 50 Jahre
die im Betriebe beschäftigt war. Er ist mit dem 26. Lebensjahr
den Betrieb eingetreten und hat ununterbrochen 50 Jahre da ge-
sezt. Er hat also seine jungen Jahre und seine körperliche Kraft
verbraucht und ist zum Krüppel geworden, indem er einen Arm
verlor. Wir wollen es einmal einer Prüfung unterziehen, was er in
der langen Arbeitszeit bei Firma für einen Profit eingebracht hat,
wieviel ganz bestimmt mehr als eine Uhr und hundert Mark aus-
machen, mit denen der Arbeiter „abgefunden“ wurde. Auf der anderen
Seite muß man sehen, wie man weggelassenen Hohenzollern Milliarden
den Hals wren wird. Menschen, die in ihrem Leben überhaupt
nicht gearbeitet haben.

Aus den Gewerkschaften

Betriebs- und vollverantwortung des Bergbaues Sachsen-Anhalt

(Von unserem Betriebsräte-Berichterstatter.)

Die am 2. Februar in der Stadtbrauerei stattgefundenen
betriebsmässigen Versammlung besaßt sich mit folgender Tages-
ordnung: 1. Kündigung des Lohnraths, 2. Neuwahl des Be-
vollmächtigten, 3. Bericht des Hofmanns.
Der Bericht des Hofmanns an Hand des letzten Protokolls des Lohnraths nach,
die Vorstellung den Verhältnissen gegen der zurückzublie-
ben sei. Anfangs beim Bergbau-Lohn-Verein, über eine Er-
höhung der Lasse zu verhandeln, wurden von dieser Seite
diese Anträge ablehnend betrachtet und — abgelehnt. Die Absatz-

te sei doch auf das angefan. eine beorderte Rammung zu erzugen. Er erzielte keine Rundigung des Schiffs, sondern Absetzen bis bessere Zeiten kommen. Würde keine Schiffsspitze zu, sondern eine Abseits liege und die nächste wird aber kurz oder lang ihr Ende finden.

an der Ausprägung, die jetzt erfolgt war, beteiligte sich dieser Genoss Müller. Er verurteilte die Anzahl der Entlassungen, die Wohnordnung nicht zu kündigen. Die Abschöpfung im Bergbau, sowie Arbeit verlange von der nationalen Rändigung des Überarbeitszeitabkommen. Der ADGB soll seine eigene Macht auf die Regierung auswenden, um Betriebsmühlen zu verhindern, die gefesselten Betriebe wieder der Volkswirtschaft zu führen. Die Regierung eventuell zu zwingen, die stillgelegten Betriebe zu enteignen, um sie unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebstäte zu stellen. Die Reinigung des Überarbeitszeitabkommen aus sozialistischen in allen Res. erzielen erfolgen, und in Hamburg kommt nunmehr eine Räderung der Lohnsätze, welche mit einer Erhöhung begleitet. Die heutige Beisitzqualität gelingt von nun an bei geringen Leidertungen, eine neue Stärke der deatlichen Macht. Sie ist mit aufzubauen auf die Auswirkungen des Cameschlommens. Genosse Hennig sprach die jüliche Sache und verurteilte die vom Unternehmer ausgedrohte Differenzierung weiter. Die Wohnordnung ist nichts anderes wert und werden Beamten nur gegen die Organisation ausgenutzt.

Es beteiligten sich noch sechs bis acht Disputationsteilnehmer, betonten die Schmerzdarstellung als völlig überlebt und überbedürfig.

Größe Müller braüte folgende Entwicklung ein:
„Die Geschäftsführerversammlung beschlägt die Be-
fristung des SAVB., die Zusammenfassung ab 28. Februar mit
der Notizate einer Erhöhung der Löhne zu handhaben. Das
Arbeitszeitabkommen darf ebensolles gefändigt werden.
Der Handelsrat wird aufgefordert, diesen Schritt in
ihre Kreise darzutragen. Vom TDSB. werden Schritte
erwartet, die geeignet sind, Bahnhofsliegungen zu verhindern.“

geschlossene wieder in Betrieb zu setzen, die Betriebe eventuell zu enteignen und sie unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte zu stellen.“

Gegen diese Entschließung sprach in seinem Schluswort
O f f i c i a l l (Bezirksleiter). Wenn diese Sache angenommen
würde, würden die Gewerkschaften zerstümmt. Andere Re-
tre würden sich gar nicht für diese Forderungen interessieren
und nicht mitmachen. Außerdem auch B e d e r eindringlich für
Lehnung sprach, verfehl die Entschließung der verlangten Ab-
sage. Man hat damit geziert, daß leue Spur von Inter-
essen für die Arbeitslosigkeit, Ge erschichten und Stilllegungen vor-
liegen ist.

Punkt 2. Bezirksleiter Hoffmann gab die Richtungen für die Neuwahl der Betriebsräte bekannt. Die Ränder sollen nach Möglichkeit von den organisierten Mitgliedern bestimmt werden. Hierzu eignen sich am besten kompetente Mitgliederversammlungen. Ein sogenanntes Kompro- mit den Häschern, wie es auf einer Grube vorgekommen ist, wurde von der Versammlung verworfen. Neuwahlen sollen statt vom 25. bis 27. März. Bei Bedarf wird die Betriebsleitung zu den Wahlen ein Flugblatt herausgeben, im Falle einer erneuten Wahl erscheint eins, herausgegeben vom Hauptvorstand.

Nach Erledigung einiger tariflicher Anfragen wurde die Tiferenz nach vierstündiger Dauer geschlossen.

Ortsneidhüftung des ADGB. in Strehlen

(Von unserem Gemeinschaftsberichterstatter.)

Diese fand am 5. Februar statt. Vertreten waren dreißig Dele-
te der Gewerkschaften und ein Gast. Es war eine reichhaltige
Abrechnung zu erledigen. Kollege Tippelt gab die Abrechnung
4. Quartal und die Jahresabrechnung. Dem Kassirer wurde
Antrag ertheilt, ob er die Wahl des Vorstandes würde eine rege-
rade gehalten. Der vorherige Vorsitzende, Kollege Häusler,
wurde gegen eine Stimme und der übrige Vorstand einstimmig wieder-
wählt. Beim hinausmarsch als Beinamen wurden die Kollegen M.

Bei der jüngstigen Versammlung als Beisitzer wurden die Kollegen H. Broich, als Revisoren die Kollegen Ritzsch und Bannisch. Der Kongress, über Lehrt- und Arbeitsverhältnis der Jugend, am 17. Januar in Breslau stattfand, gab Kollege Stephan Beim Kollege Hänsler verwies auf ein Schreiben, des i. c. Radfahrer-Bundes „Solidarität“, welches die Kollegenschaft aufmerksam macht, ihren Bedarf an Rädern und Fahrrädermaschinen aus eigenen Geldbässen, Filiale Breslau, zu decken. Des weiteren Schreiben von der Bezirksleitung des ADGB, die organisierte Arbeit auf unseren Konsumverein aufmerksam zu machen. Hänsler gezielt schafft das Verhalten der Strehlener, welche ihr Geld zu den reaktionären Geschäftsführern tragen nicht von ihnen auf das gemeinst verlangt werden. Kollege Hänsler gibt bei dieser Gelegenheit bekannt, daß der hiesige Konsumverein hat, den ausgesteuerten erwerbslosen Genossenschaftszeit diejenigen ihren Betrieb auf derselbst gedeckt haben, bis sie es an Beherreite ohne Rücksicht auf Kosten verstoßen.

Sachsen

Die Gewerkschaft gegen Wohnungsaufteilung

In der Jahresversammlung der Gewerkschaft wurde nach folgenden Resolutionen angenommen:

„Die Jahresversammlung des Zentralvorstandes der Gewerkschaft, Sachsen, Dresden, begrüßt den Zusammenschluss aller Arbeitersorganisationen in der Frage der Pachtentlastung. Sie begrüßt den eingedrungenen Belehrerwart, der die Erneuerung der Mietten vorstellt und gelobt, im Volksentscheid eine Strafe einzuführen, damit der Entwurf Gesetz wird.“

(Ausführlicher Bericht von der Jahresversammlung folgt.)

Das Wohnungselend in Dresden

(Arbeiterkorrespondenz)

Was ein Projekt in der freien Republik der Welt wert ist, zeigt folgender Vorfall: Ich bewohne eine kleine Dachkammer, welche schon bereits zwei Jahre wegen Gefundshausbeschädigung und Feuergefahren für unbewohnbar erklärt ist. In diesem Stellfassen von 16 Quadratmetern Größe wohnen meine Frau, meine zwei Kinder und ich. Da der Schimmel trockenen Lüftens der Wohnung Industrieblätter an den Wänden steht, so sind meine Frau und meine Kinder von 2 und dreiviertel Jahren total krank. Nach mehreren Besuchen und Beschwörungen an Wohnungsamt und Regierungspräsidenten ist es nicht möglich, eine menschenwürdige Wohnung zu bekommen. Nach jeder Beschwerde kommt eine Kommission zur Besichtigung und teilt mit, daß ich unbedingt eine Wohnung bekommen müß. Aber es sind bereits zwei Jahre vergangen ohne Erfolg. Obwohl die Fenster morsch sind und jeden Augenblick auf die Straße fallen können, so ist es trotz Geschäftigung des öffentlichen Verkehrs immer noch zu keiner Abhilfe gekommen. Lebensmittel sowie Brot, welche sich drei bis vier Tage in dem Raum befinden, faulen schon an zu Schnupfen. Was sollen da die Kinder sagen, welche in dieser Schreckszettel dauernd die schmutzige Luft einatmen müssen. Ich frage hiermit die Behörden an, ob sie warten wollen, bis sich ein ganzes Jahr gebildet hat und dann der Raum als naturwissenschaftliches Museum beschlagnahmt wird. Oder sollen erst zwei Kinder dahinstechen, bis ich eine Wohnung bekomme? Vielleicht haben die zuständigen Instanzen für Wohnungsaufteilung ein Klosett über, in welchem kein besonderes Aroma ist, aber vielleicht doch gesunder ist als wie in einem elenden Aquarium. In so einer Zeit von Wohnungselend und Wirtschaftskrisen will das habgierige Fürstenrad vom arbeitenden Volk eine Unmenge Geldes herauspressen, um noch weiter Leidemmen zu können, während auf der anderen Seite das Volk darbt und in elenden Löchern umkommen muß. Es soll sieber das Geld für Wohnungsbau und andere notwendige Zwecke verwendet werden. Darum Proleten, bildet die Einheitsfront unter der Parole: Reinen Pfennig dem Fürstenrad!

Alfred Hoffmann

Breslau, Neumarkt 32.

Wie es erwerbslosen Proletariern geht

Ein aussehender Erwerbsloser R. G. schreibt uns:

Am Freitag wurde meine Frau infolge drohender Fehlgeburt ins Krankenhaus aufgenommen. Nun blieb ich mit meinen 2 Kindern im Alter von 2-4 Jahren ohne Mittel und ohne fremde Hilfe zurück. Ich wandte mich an das Wohlfahrtamt und die zuständigen Stellen der C. U., um wenigstens ein paar Zentner Kohle und einige Lebensmittelscheine zu bekommen. Ich wurde von einer Intendantin zur anderen geschickt, überall vergeblich, so daß ich mit meinen Kindern hungrig und frieren muß. Zuletzt ging ich in meiner Verzweiflung zum Bürgermeister Dr. Herold. Der ließ mich gar nicht vor. So steht es einem Familienvater.

Solche und ähnliche Notsschreie gehen uns täglich zu. Und das Fürstenrad will, während Hunderttausende dem Hungertode entgehen, neue Millionen erpresst.

Görlitz

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Im Sonntag den 7. Februar, vorm. 9-12 Uhr, fand eine Speisung von 120 Kindern der Arbeitslosen unseres Bezirkes Nordost in der Konditorei zum Stern, Sternstraße 76, statt. In opferwilliger Weise hat der Inhaber der Konditorei alles getan, um unseren kleinen Schätzchen so angenehm wie möglich zu machen, um sie wenigstens für einige Stunden mit Speise und Trank zu laden. Nach Bewirtung mit Torten und Schokolade sorgte für musikalische Unterhaltung die vorliegende Hauskapelle. Der Abend wurde ferner ausgefüllt mit einigen Gelängs sowie Gedächtnisvorträgen des Jung-Spartakus, die bei allen Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurden. Man konnte die Freude in den Gesichtern der kleinen Seelen, besonders derer, deren Eltern ein Opfer dieser Ausbeutungspolitik geworden sind und heute arbeitslos und frierend in den Straßen der Republik herumtreten und nicht wissen, wo sie das tägliche Brot für ihre kleinen hernehmen sollen. Das zeigt uns aber mit alter Deutlichkeit das Heute, wo die Wirtschaftskrise nicht nur die Arbeitersklasse, sondern auch den erwerbstätigen Mittelstand bedrückt, sich immer mehr Geschäftsleute unserer Kampffront anschließen und erkennen, daß die Arbeitersklasse, welche um eine Befreiung ihrer Löhne kämpft, auch ihr Kampf ist. Am Schluss der Veranstaltung schüttete Gen. Sonnenberger dies in eindruckender Weise und sprach im Namen des Gesamt-Bürotes Herrn Bohl für sein Solidaritätsbekunden unserer kleinen gegenüber seinen Dank aus. Am Bangewerkschuhplatz fand diese einbravourvolle Veranstaltung mit dem Ende der Internationale ihr Ende.

Das Arbeiterspartaki teilte uns mit, daß es zu den Vorbereitungen zur Reichsgründungswoche nicht eingeladen und daher um keine Mitwirkung zugelassen hat. — Da Stadtrat Landsberg das Arbeiterspartaki aber besonders erwähnt, nehmen wir an, daß die Einladung wohl noch ergehen wird.

Görlitz

Aus dem Stadtparlament

Die letzte Sitzung am Freitag auf der die Radbewilligung von 200 000 Mark für den Stadtbau am Bauhof stand, gestaltete sich recht lärmisch. — Zunächst wurden kleinere Vorlagen behandelt. Eine Herabsetzung der Wertzuwachssteuer von 50 auf 30 Prozent wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Desgleichen das

Wagnis der Gewerkschaften, die weitere Verhinderung dieser nicht durchsetzen werden kann.

Dann begann die aktiver interessante Phase über den Bauhof. Der Magistrat, 200 000 Mark also, die statutarische Betragung 150 000 Mark bezahlt für den Bauhof des Stadttheaters zu benötigen.

Die bürgerlichen Parteien wollten, wie es ausdrücklich betonten, im Interesse des Handwerks, die das Geld sofort bezahlen, alles bewilligen und dann die soziale Gleichberechtigung nachsetzen. Die Gewerkschaften wollten 70 Prozent auszahlen lassen und 20 Prozent erst nach der Prüfung bewilligen. Die Wirtschaftspartei machte es noch besser. Sie habe sich schroff ab und nimmt einige Minuten später — bedingungslos an — im Interesse des Handwerks.

Stark längeres Debatt über die armen Handwerker, die ihr Geld brauchen, und nachdem man den Magistrat längeres Zeit — nun, sagen wir — gefordert hatte, erklärt dieser zum allgemeinen Entlegen: das Geld ist ja schon bis auf 70 000 Mark ausgezahlt (1).

Genosse Bröll legte kurz seinen Standpunkt dar. In der fehlenden Zeit der Wohnungsnot und des Arbeitslosenelends könne man so hohe Summen für Theaterbauten nicht ausgeben.

Genosse Willrich erklärte daran, wie recht wir Kenntnis damals hatten, als wir dingend empfahlen, nur 300 000 Mark für Hochsumme für Sicherung gegen Feuergefahr für das Theater auszugeben. Die Bewilliger-Parteien (zu denen auch die SPD gehört), sahen sehr in der Linie und versuchten sich rechtfertigen. Der Magistrat aber spieglete der Deffentiel'schen Polenslinsche Dörfer vor, um alle Schuld für diese verschobenen Aussagen von sich abzuwälzen. Der Sachverständige (der 4 000 Mark für seine Tätigkeit erhielt) habe unverantwortliche Fehler gemacht. Der Magistratsantrag wurde abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag wird, trotzdem er sich als voraussichtlich fast wertlos herausgestellt hat, angenommen. Die Bewilliger-Parteien wollen so vor der ersten Deffentiel'schen und gleichzeitig vor den Handwerken kein dastehen.

Eine Anfrage unserer Genossen, ob der Magistrat Ansicht über seine Tätigkeit im Aussichtsrat der Wumag geben will, wurde von ihm bestätigt.

Eine Anfrage von den Nationalsozialisten, was der Magistrat gegen die Belebung des Wilhelm-Deutsch-Mals mit roten Fahnen durch die Kommunisten anlässlich der Kundgebung gegen die Fürstenabfindung zu tun gehabt, gab der Degerient Viebahn eine interessante Auskunft: In Zukunft sollen Kundgebungen an Denkmäler nicht mehr stattfinden. Die „vaterländischen“ Gefühle seien nämlich, wie der Anfrager feststellte von unseren Genossen verletzt worden.

Leider konnten unsere Genossen die „kleine Aufgabe“ nicht zur Debatte stellen, „da dies der Geschäftsordnung zuwidert.“

Generalversammlung des Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit fand am 4. 3. statt. Der Hauptvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Kassenbestand ist erfreulicherweise auf mehrere hundert Mark angewachsen. Daneben hat sich die Ortsgruppe die vollständige Einrichtung einer Geschäftsstelle in der Altenstraße 11 leisten können. Der Mitgliederzugang im verlorenen Geschäftsjahr, hatte die Höhe von mehreren Hundert erreicht. Bereits der Anfang des neuen Jahres brachte der Ortsgruppe 49 Neuauflagen. Dieses anhaltende Steigen der Mitgliederzahl ist der eindrucksvolle Beweis für die inhaltliche und erfolgreiche Arbeit des Bundes im Interesse für die Opfer des Krieges und der Arbeit. Eine Resolution für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten wurde einstimmig angenommen. Mit Stolz kann nach dem äußerst gütlichen Geschäftsbericht der Internationale Bund für sich das Recht in Anspruch nehmen, als führend auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigten- und Arbeitsopferorganisation zu gelten.

Görlitz. tödlicher Absturz. Sonntag abend stürzte der 45 Jahre alte Schuhmacher Engmann aus Görlitz beim Besteigen eines Spreesteilers von dieser herab und zog sich schwere Verletzungen zu, denen er gestorben ist.

Unfall. Ein Unfall ereignete sich Sonnabend mittag an der Reichenberger Schule. Ein älterer Schuhmacher raste, ohne sich zu überzeugen, daß der Fahrdamm frei ist, mit großer Kraft in das Fahrtor eines Reichswehrsoldaten, welcher stottert, aber vorsichtigmäßig rechts in Richtung Reichenberger Brücke fuhr. Der Soldat stürzte vorüber vom Rad und zog sich Verletzungen zu. Außerdem wurde das Rad beschädigt. Der Schuhmacher kam ohne Schaden davon.

Von der Straßenbahn überfahren wurde am Sonnabend nachmittag die Tochter des Täters Jungs, Langstr. 11, als diese den Übermarsch passieren wollte. Der Unfall war drastig schlimm, daß der Sohn nach wenigen Minuten eintrat. Dem Wagenführer ist keine Schuld beigelegt.

Durchgegangenes Pferd. Gestern nachmittag in der fünften Stunde geriet das Pferd des Hörn Gerhard Corso, Lutherstraße, an der alten Kaiserin Gr. Graben in schleuen Zustand und raste den Adenringberg hinunter bis an den Gasthof zum „Goldenen Engel“, dort stand zufällig die Haustür offen und das Pferd raste hinein. Da es nicht durch konnte, blieb das Pferd stehen. Vor dem Gasthof stand ein zweirädriger Bierwagen, welcher durch den Aufroll vollständig demoliert wurde. Der Rütscher war vorher heruntergeprungen. Dem Pferde ist nichts passiert, nur die Hufe des Fahrwagens war zerbrochen. Hatte die Haustür nicht offen gestanden, wäre das Pferd direkt mit dem Kopf gegen die Wand gerannt und könnte tot sein.

Die Arbeiter-Samariter-Kommission Hirschberg, welche hier seit September 1925 besteht, hielt am vorigen Freitag in ihrem Sitzungssaal (Hausstraße 11, Souterrain), ihre Abschlussprüfung ab. In der Prüfung nahmen teil 16 Genossen und 8 Genotauer, welche vom leitenden Arzte abgenommen wurde. Die Prüfungen selbst lagen auf dem Gebiete der geübten Anatomie. Auch in der Behandlung von Wunden, Knochenbrüchen, Verrenkungen und ihre Kompliziertheit wurde des längeren detailliert. Beim Behandeln von Infektionskrankheiten und dem Verhalten bei der Krankenpflege kam wiederholt zum Ausdruck, daß der Vorlesende und Kurusleiter, Genosse Antoni, willige und wissbegierige Zuhörer gefunden hatte, denn die Antworten ließen dies erkennen. Die Hilfsmethoden bei plötzlichen Anfallsfällen wurden dann praktisch vorgeführt. Dem leitenden Arzte der sich in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt hat, wurde allzeitiger Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen. Als Ausweis der bestandenen Prüfung bekamen die Teilnehmer von dem leitenden Arzt und vom Vorlesenden unterschriebene Ausweise. Klage an die Arbeiter-Samariter-Kommission Hirschberg zum Besten der gesamten Arbeiterbewegung wird. Interessenten unserer Arbeiter-Samariter-Bewegung sei noch bekanntgegeben, daß demnächst ein neuer Rutsch beginnen wird.

Görlitz. Alkoholvergiftung. Ein Bierhalter in einer Gaststätte gestorben, weil er mit zwei anderen Personen in einer Destillation getrunken hat. Bald darauf verstarb er infolge Alkoholvergiftung.

Generalversammlung

Wegen 10 Millionen Mark?

Ab 1. Februar ist das Wiederaufkommen des „Sieg-Geistes“ um 10 Millionen erhöht. Die Entwicklung muss definitiv durch finanzielle Unterstützung des Magistrats und eine bessere Ausgestaltung der Sitten. Das „Sieg-Geiste“ kennzeichnet die Massenbewußten Arbeiter unter dem roten Banner zum Kampf gegen die Ausbeuter. Wer von den Massenbewußten Arbeitern will wegen der 10 Millionen Wiederaufnahme dem roten Banner unten werden? — Niemand!

Die Arbeitslosen hungern — die Bäcker erhalten Millionen

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Arbeitsraum. Den Arbeitern im Kreis Jauer wird dieses Jahr auch wieder mal Abel mildepleist. Nebenbei Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit. Es gibt im ganzen Kreis nicht einen Betrieb, wo voll gearbeitet wird. In der Metallindustrie ist ein großer Teil der Belegschaften entlassen worden; die übrigen arbeiten abwechselnd 2-4 Wochen. In der Holzfabrik ist nichts noch schlechter aus. Zeisberg, Möbel- und Ritter sind stillgelegt und Firma Schenck und Freudenberg arbeiten 24 Stunden die Woche. Bedeutlich erhöht hat sich die Arbeitslosenziffer noch durch das brutale Vorgehen der Meindlindelli. Diese haben, um einen Druck auf die Regierung auszuüben, am 30. 1. ihre Betriebe geschlossen. Die Arbeitslosigkeit hat den Höchststand vom Winter 1923/24 überschritten. Die Angestellten im Arbeitsnachweis haben eine Riesenarbeit zu bewältigen und an manchen Tagen bis 12 Uhr nachts arbeiten. Gibt die geistigen Überstunden erhalten sie keine Bezahlung! Ziemlich rigoros wird bei der Prüfung der Bedürftigkeit verschärft! So wurde ein Erwerbsloser mit seinem Antrag auf Gewährung der Erwerbslosenunterstützung abgewiesen, da er ein kleines Häuschen und zwei Morgen Land besitzt. Der betreffende Arbeiter wohnt in Liebelwitz. Wovon er und die vielen anderen, denen es genau so geht leben, das läßt ja die Herren Betteln ist verboten. Wer sich vom Überstundenerndert etwas aneignet, um seinen Hunger zu stillen, fliegt ins Gefängnis. Es bleibt als letztes Mittel nur noch der Streik. Über alle Anzeichen deutet darauf hin, daß die Arbeiterschaft lange genug geschlagen hat. So fand auch in Jauer eine Versammlung statt. Diese war überfüllt und Genosse Reinhard sprach in treffenden Worten über die wirtschaftliche Notlage der Arbeiterschaft und über die unerbittlichen Forderungen der ehemaligen Fürsten. Die Versammlung zeigte davon, daß man auch den Jauerischen Proleten nicht mehr alles anbieten darf, daß auch die Jauerischen Arbeiter anfangen zu begreifen, daß nur der eidsichtslose Kampf uns aus diesem Elend befreien kann. — Arbeiter von Jauer! Sammelt euch um das rote Banner! Tretet ein in die kommunistische Partei und in den Roten Frontkämpfer-Bund!

Die Kommune und die Erwerbslosigkeit. Obwohl in Jauer trotz der ungeheuren Zahl der Erwerbslosen noch immer kein Erwerbslosenrat gewählt ist, muss man doch feststellen, daß sich der Ortsausschuß des ADGB, sowie die RPD und SPD Mühe geben, der Erwerbslosigkeit und damit damit bedingten Elend entgegenzuwirken. So sandten alle in den letzten 14 Tagen zwei Stadtverordneten und eine Kassiererin statt, welche sich vorwiegend damit beschäftigten, die Not der Erwerbslosen zu lindern. So wurde u. a. beschlossen, an die Erwerbslosen Kohlen zu verteilen, und zwar ist jedoch mit eigenem Haushalt zwei, ohne eigenen Haushalt einen Zentner. Auch beschäftigte man sich in den Sitzungen mit den Anträgen der RPD und SPD, zweds Schaffung von Rollandsarbeiten. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde beschlossen, die Uferstraße umgestalten zu lassen. So wird denn die Uferstraße endlich ein Pflaster erhalten, auf dem die Bäckanten ohne Lebensgefahr verkehren können. Hoffentlich wird, dann der untere Teil der Straße auch ausgebessert. Dorthin kommt es vor, daß Fuhrwerke im Morast stehen bleiben! So wird denn die Uferstraße endlich ein Pflaster erhalten, auf dem die Bäckanten ohne Lebensgefahr verkehren können. Hoffentlich wird, dann der untere Teil der Straße auch ausgebessert. Dorthin kommt es vor, daß Fuhrwerke im Morast stehen bleiben! Im Kreistag wurde natürlich auch auf Drängen der Arbeiterpartei beschlossen, den Verbindungsweg Moisdorf-Löderstädt als Kunstroute auszubauen. Auch wurde für den Bau von 25 Kleinwohnern im östlichen Kreise 15 000 Mark bewilligt. Bei dem Straßenbau finden 250 Erwerbslose auf die Dauer von sechs Monaten Beschäftigung. — Es ist natürlich nicht allzuviel, was da für die Erwerbslosen getan wurde. Wollen die Erwerbslosen mehr erreichen, dann müssen sie sich zusammen schließen und durch Demonstrationen, Versammlungen usw. dem Bürgertum und der Regierung beweisen, daß sie nicht gewillt sind, für die Interessen der Kapitalisten zu verburden! (Als energischste müssen die Erwerbslosen und die nach im Betrieb stehenden Arbeiter in Jauer gegen die Nichtauslösung unseres Arbeiterberichtstalters zu den Sitzungen des Stadtrats protestieren. Bei der letzten Sitzung war der Saal polizeilich abgesperrt und unser Berichtsbericht wurde nicht hineingelassen, obwohl der Zuhörerraum nur halb besetzt war. Dir. Reb.)

Hausdorf. Sie fürchten sich. Am 4. Februar fand in Hausdorf die zweite Erwerbslosenversammlung statt. Als Referenten sprachen die Genossen Adelt und Wittgenhoff vom Kreisarbeitererwerbslosenrat von Wittenberg. Adelt kritisierte das Antwortschreiben des heilsigen Gerichts amtes an die Erwerbslosen. Wittgenhoff berichtete über die Arbeitslosigkeit, die Fürstenabfindung und über das neue Erwerbslosen-Verförderungsgesetz. Es wurde eine Resolution für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ange nommen. Dergleichen eine Protestresolution gegen das neue Erwerbslosen-Verförderungsgesetz. Die Herrn Amts- und Gemeindewortheiter waren vom heilsigen Erwerbslosenrat zu dieser Versammlung eingeladen worden, was sie aber ablehnten, trocken ließ. In anderen Zimmern waren ein Mitglied des Erwerbslosenrates forderte sie nochmals auf, an der Versammlung teilzunehmen, was sie ebenfalls ablehnten.

Görlitz. Elektromaus-Sichtspiele. — „Der Kampf gegen Berlin“ bestellt sich der Film, welcher von Freitag bis Montag läuft, und durch den Darkeller Carlo Albinो rechtlich mit Sensationen und waghalsigen Akrobatenstücken gepaart ist. Für die Nachmuseen sorgen die humoristisch gewürzten Lustfilme „Buster Keaton“ und „Tipp und Topp“. Nebenbei läuft die bekannte „Dennis-Woode“, die allerlei an Komikseiten bringt. — Ab Freitag läuft der Film „Komm Porten“.

Führer durch die Geschäftswelt für Waldenburg u. Umgegend.

Ober-Salzbrunn

Oskar Reißger
Gärtnerwaren
Arbeiter-Bekleidung
Bad Salzbrunn

Wilhelm Walter
Bäckerei

Auersteiner Straße 32

Julius Juss
Kolonialwaren
Fürstensteiner Straße 16

Alfred Berger
Fleisch- und Wurst-Geschäft
Bad Salzbrunn

Blumenau

Lebensmittel und Tabakwaren
J. Hornig
Ober-Tannhausen Nr. 5

Gottard Giller, Blumenau 19
Lebensmittel - Tabakwaren
Spirituosen

Anna Thielisch
Obst - Gemüse - Vorkostwaren
Blumenau 27

Waldenburg

Ernst Haefe
Schuhmachermeister
Gottesberger Straße 1, II. Etage
Billigste Bezugssquelle in
Schuhwaren aller Art
Rein Laden. Rein Laden.

Rößleischede
Franz Häusler
mühlenstr. 24 :: Tel. 654

Landeshut

Schuhwarenhaus
PAUL WIESNER
Wilhelmstraße 5
Spezialität: Arbeitsschuhe

H. Rosenstein
am Niedertor
Likörfabrik
Zigarren - Spezialgetränk

Adolf Schwarzer
Breitenau
Bäckerei :: Kolonialwaren
Zigarren - Zigaretten

Glas, Porzellan und Steinzeug
L. Gutmann's Nachf.

Fritz Hanke, Süßwarengeschäft
Fürstensteinstr. Berndteichstraße 2

Giegfried Barisch
Kirchstraße
Damen- u. Herren-Konfektion
Schuhe, Hüte, Mützen
Smittwaren

Rößleischede Hermann Franz
Fleisch- und Wurstwaren

Willy Grätz, Frischwarengeschäft
Schlegelstr. 32

Hermann Überle
Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten

Alfred Blaschke
Schlegelstr. 31
Kolonialwaren, Zigarren, Zigaretten

Weißstein

Ernst Giersch
Möbel, Bettfedern
Arbeiter-Bekleidung
und Schuhwaren

Weißstein, Mittelstr. 4

R. Thiel Nachl. E. Michaelis
Arbeiterbekleidung
Hut- und Mützenlager
Spezialgeschäft
für Naturheilpräparate

Haupstrasse 63

Ernst Lante, Weißstein
Reste und Parfümerien
Porzellan u. Töpferwaren

Freiburg

Conrad Werner

Fleischerei und Wurst-Fabrik
Frühstückslube
Kirchstraße 16

Richard Burkert
Bäckerei

Konditorei und Bestellgeschäft
Striegauer Straße 10

Carl Müller

Neumarkt 11, Bahnhofstrasse 18
Kaffee-Rösterei mit elektrischem Betrieb
Lebensmittel, Spirituosen
Weine und Tabakwaren

H. Giersch

Arbeiter-Bekleidung und Schuhwaren
Kramtagasse 10

Artur Scherbarth
Bäckerei u. Konditorei
Landeshuter Straße 45.

Jauer

Geschäftshaus größten Stils
für Modewaren, Ausstattungen
Herren-, Damen-, Kinderkonfektion

M. Sittenfeld, Jauer
Billigste, feste Preise

?

Max Berger
Blücherstraße 24

Buchdruckerei u. Papierhandlung

Alois Zimmermann
Brot, Weiß- u. Feinbäckerei

Eigentümlich
Eig. Handelsbetrieb
Zigaretten-Gehalt

Wilhelm Brühl
Kirchstraße 3

B. Landmann
Likörfabrik

Wein-Großhandlung
Zigarren-Import

Schokoladen, Konfitüren
Süßigkeiten kaufen Sie zu
billigen Preisen bei uns

Margarete Neumann
Ring 34

Emil Bruchmann
Vorkos-
Obst- und Gemüsehandlung

Karl Kaßner, Altmühlstr.
Kolonialwaren

Zigarren, Zigaretten, Tabake

fritz Knoll
Fahrzeuge - Nähmaschinen
Ersatzteile, Reparaturen

Gneisenaustr. 3 C

A. G. Lindner
Brückerei

Niemarkt 12

Schlesische Zigarrenfabriken G. m. b. H.

Zigarren, Zigaretten, Tabake

in unseren Filialen:

Waldenburg, Ring 12 - Sonnenberg, Waldenburger Straße 31

Göltzschtal, Alte Bahnhofstr. 4 - Göltzschtal, Langstraße 20

Deiner Zeitung

infiziert!

wenn Du einen

Geschäftsmann unterstützt,

der nicht in

Nieder-Hornsdorf

Emil Biegel

Kolonialwaren

Spirituosen

.....

Stestehaus E. Hornig

Bettfedern

Woll- und Wollwaren

.....

Dittersbach

Wilhelm Langer

Hauptstraße 28

Fleischerel und Wurstgeschäft

.....

Richard Simon

Hauptstraße 208

Fleisch- und Wurstwaren

.....

Striegau

Josef Müller

Bahnhofswirtschaft Striegau-

Stadt und Gräben Nr. 35

Zigarren / Zigaretten / Tabake

.....

Bolkenhain

Hermann Brückner

Zigarren - Fabrik

Niederlauben

.....

Otto Müller

Fleischerei u. Wurstgeschäft

Ring 9.

.....

Gottesberg

Zigarren, Tabak, Zigaretten

kaufen Sie gut und billig bei

Franz Leonhardt, Gottesberg

Fürstensteiner Straße 38

.....

Eduard Richter & Sohn

Kolonialwaren, Tabakwaren, Spirituosen

Fürstensteinerstraße 14

.....

Rößleischede

Karl Martin, Seelhammer

Gottesberg, Fürstensteinerstr. 33

Ober-Waldenburg, Kirchstr. 19

.....

Alois Krejzel

Niederstraße 13

Kurz-, Woll- u. Schuhwaren

erhältlich ist

als billige Bezugssquelle

.....

Fleisch- und Wurstwaren

Paul Hoffmann

Grüssauer Straße 47

.....

Deiner Zeitung

wenn Du einen

Geschäftsmann unterstützt,

der nicht in

Deiner Zeitung

infiziert!